

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 6. September 2003

114. Jahrgang Nr. 31.422

Kirchner nach Deutschland

Treffen mit Schröder geplant / Offizielle Bestätigung steht noch aus

Buenos Aires (AT/JW) - Auf seiner Europareise Anfang Oktober wird Staatspräsident Néstor Kirchner aller Voraussicht nach am 9. und 10. Oktober Station in Deutschland machen. Im Mittelpunkt des zweitägigen Aufenthalts steht ein Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am 9. Oktober in Berlin. Einen Tag später wird Kirchner in Hamburg auf Einladung des Wirtschaftsverbandes „Ibero-Amerika Verein“ als Hauptredner am Galaessen im Rathaus der Hansestadt teilnehmen. Kirchner wird aus Italien kommend in Deutschland erwartet.

Eine offizielle Bestätigung des Besuchs steht noch aus. Aus der Deutschen Botschaft heisst es bis-

lang lediglich, Kirchner sei von Bundeskanzler Schröder eingeladen worden.

Der letzte Besuch eines argentinischen Präsidenten in Deutschland fand im Jahr 2000 statt. Damals war Fernando de la Rúa in Berlin ebenfalls von Bundeskanzler Schröder empfangen worden. Vor dem Ibero-Amerikanischen Institut weihte De la Rúa im Beisein von Vertretern der deutschen Gemeinschaft in Argentinien eine Statue des Freiheitskämpfers San Martín ein.

Der „Ibero-Amerika Verein“ preist derweil auf seiner Homepage im Internet (www.ibero-amerikaverein.de) den Besuch Kirchners bereits als „Highlight der deutsch-lateinamerikanischen Be-

ziehungen in diesem Jahr“. Als „eine der führenden Persönlichkeiten Lateinamerikas“ sei „der fortschrittliche Demokrat fest entschlossen, trotz aller Widrigkeiten schnellstens die wirtschaftliche und politische Krise zu überwinden und die Attraktivität Argentiniens als eines der führenden Länder Lateinamerikas wiederherzustellen“. In der kurzen Zeit seit seinem Amtsantritt habe Kirchner „grundlegende Strukturereformen vor allem im politischen Bereich in Angriff genommen“. Die argentinische Wirtschaft befinde sich inzwischen auf einem „deutlichen Erholungskurs“. Auf der Ibero-Amerika-Konferenz „Lateinamerika und Europa: Ein starkes Bündnis“ befassen sich

am 10. Oktober in der Handelskammer Hamburg Minister und Spitzenmanager aus Lateinamerika und Deutschland mit strategischen Fragen der bilateralen Wirtschaftskooperation.

Brasiliens Zentralbankpräsident Henrique Meirelles werde an der Konferenz ebenso teilnehmen wie Ecuadors Ministerin für Aussenhandel, Industrialisierung, Fischerei und Wettbewerb, Ivonne Juez de Baki, schreibt der Ibero-Amerika Verein. Zudem gebe es Workshops zu den Themen „Kfz-Industrie“, „Wasser und Umwelt“, „Geschäfts-anbahnung in Lateinamerika“, „Infrastruktur, Energie, Transport und Logistik“ sowie „Pharmazie und Chemie“.

Kein Sieger

Hektische TV-Debatte zwischen Ibarra und Macri / Endauszählung der ersten Runde abgeschlossen

Buenos Aires (AT/JW) - Die einzige TV-Debatte zwischen Aníbal Ibarra (Fuerza Porteña) und Mauricio Macri (Compromiso para el Cambio) vor der Stichwahl um das Amt des Stadtregierungschefs am kommenden Sonntag hat nach Einschätzung von Kommentatoren keinen Sie-

ger gebracht. Aus dem am vergangenen Donnerstag von Canal 7 live übertragenen hektischen Rededuell könne keiner der beiden Kandidaten Vorteile für die letzte Wahlkampfwoche ziehen, hiess es in der Zeitung „La Nación“.

Falls Amtsinhaber Ibarra oder Herausforderer Macri dies vor der Sendung gehofft haben sollten, müssten beide jetzt einen „Plan B“ verfolgen, schrieb das Blatt. Beide Politiker kündigten bereits an, in den kommenden Tagen wieder verstärkt den Kontakt mit den Wählern suchen zu wollen.

Die Debatte vom Donnerstag war überwiegend von Schuldzuweisungen und Ironie geprägt, klare Aussagen zu den Themen Bildung, Kriminalität und Stadtplanung waren die Ausnahme. Position bezogen die Kontrahenten bei der Steuerpolitik. „Wer mehr hat, soll mehr Steuern zahlen“, sagte Ibarra. Macri schlug eine Reduzierung der Entsorgungs-Steuer (ABL) um 15 Prozent vor sowie eine Senkung der Kfz-Steuer, „um den Konsum anzukurbeln“.

River-Fan Ibarra, der in der ersten Wahlrunde hinter dem Unternehmer und Boca-Präsidenten Macri den zweiten Platz belegt hatte, warf seinem Herausforderer in der einstündigen Sendung mehrfach vor, „mit falschen Zahlen“ zu argumentieren. „Macri ist unseriös und hat keine Ahnung“, sagte Ibarra. Macri warf seinem Gegenüber hingegen vor, mit seiner Politik gescheitert zu sein. Weitgehend einig waren sich Ibarra und Macri lediglich bei der Notwendigkeit einer Intensivierung der Bildungspolitik. Details blieben jedoch auch hier im Unklaren.

Aufsehen erregte eine Aussage Macris, Ibarra habe „vor Jahren“ bei ihm zu Hause „Pasta“ gegessen. „Früher hat er mich zu Hause besucht, heute stellt er mich als Dämon hin“, sagte Macri. Das mache keinen Sinn.

Unterdessen wurde die endgültige Auszählung des Wahlergebnisses der ersten Runde abgeschlossen. Nach Angaben der Wahlkommission errang Macri 3,94 Prozent mehr Stimmen als Ibarra. Während der Amtsinhaber bei dem Urnengang am 24. August auf 32,5 Prozent kam, erreichte sein Herausforderer 36,44 Prozent.

Wahlen in Santa Fe

Buenos Aires (AT/JW) - Der argentinische Wahlmarathon geht an diesem Sonntag mit den Gouverneurs- und Legislativwahlen in Santa Fe weiter. Dabei sind die Wahlpflichtigen aufgerufen, über einen Nachfolger für PJ-Gouverneur Carlos Reutemann zu entscheiden. Der ehemalige Formel 1-Fahrer kann laut Provinzverfassung nach einer Amtszeit nicht sofort wieder kandidieren. Bei dem Urnengang wird auch über drei Senatoren, zehn Nationalabgeordnete sowie 69 Provinzparlamentarier entschieden.

Im Rennen um den Gouverneurposten sehen Demoskopen den Sozialisten und bisherigen Oberbürgermeister von Rosario, Hermes Binner, vorne. Ein Machtwechsel könnte jedoch an dem bei der Bevölkerung umstrittenen „Huckepack-Verfahren“ (ley de lemas) scheitern. Dabei erhält der Kandidat mit den meisten Stimmen einer Partei automatisch die Stimmen zugerechnet, die seine unterlegenen Parteikollegen gewonnen haben.

Für die seit 20 Jahren in Santa Fe regierenden Peronisten gehen gleich zwei Kandidaten ins Rennen. Jorge Obeid wird von Präsident Néstor Kirchner unterstützt, Alberto Hammerly geniesst den Rückhalt Reutemanns. Umfragen sehen Obeid vor Hammerly.

Einig waren sich die beiden PJ-Kandidaten wie auch der Sozialist Binner in den letzten Wahlkampftagen in ihrer Kritik an dem „Huckepack-Verfahren“ - ein in Santa Fe seit Jahren strittiges Thema. „Das Verfahren wird abgeschafft werden“, kündigte Binner für den Fall eines Wahlsieges an. „Die Bevölkerung will es nicht, also muss es weg“, sagte Obeid. Auch Hammerly sprach von einer notwendigen „Wahlreform“.

Militärs wieder frei

Nach Auslieferungsverzicht durch Spanien / Videla weiter in Hausarrest

Buenos Aires (dpa/AT) - Argentinien hat fast alle der 39 des Mordes und der Folter verdächtigen Militärs und einen Zivilisten freigelassen, nachdem Spanien auf eine Auslieferung verzichtet hatte. Zugleich wurden jedoch neue Verfahren wegen Menschenrechtsverbrechen unter der Militärdiktatur (1976-1983) eröffnet.

Staatsanwalt Miguel Angel Osorio habe derweil die Festnahme zwölf früherer Militärs, darunter der Ex-Diktator Jorge Rafael Videla und General Domingo Antonio Bussi beantragt, berichteten die Medien am Dienstag. Osorio ermittelt wegen des so genannten Plans Condor, in dem mehrere südamerikanische Militärdiktaturen die systematische und grenzübergreifende Verfolgung ihrer Gegner organisierten.

Ausserdem nahm die Justiz in Buenos Aires nach der Aufhebung

der Amnestiegesetze zwei grosse Strafverfahren gegen insgesamt etwa 70 Ex-Militärs wieder auf, denen schwere Verletzungen der Menschenrechte während der Militärdiktatur vorgeworfen werden. Die beiden Verfahren befassen sich mit Verbrechen in dem berühmten Folterzentrum der Mechanikerschule der Marine (ESMA) und Straftaten des 1. Militärkorps für Buenos Aires und umliegenden Ballungszentren unter dem Kommando von General Guillermo Suárez Mason. Die katholische Kirche Argentiniens wies unterdessen die Darstellung zurück, Bischöfe hätten damals Folterungen gutgeheissen.

Die Freilassungen der hochrangigen früheren Militärs seien unvermeidbar gewesen, weil die 40 Verdächtigen nur wegen der vom spanischen Richter Baltasar Garzón erlassenen internationalen Haftbefeh-

le eingessen hätten, sagte Richter Rodolfo Canicoba Corral. Garzón warf ihnen die Planung und Beteiligung an Entführungen, Folter und Mord vor.

Die Regierung in Madrid lehnte eine Auslieferung jedoch ab, denn die Betroffenen könnten nach der Aufhebung der Amnestie im vergangenen Monat in ihrer Heimat vor Gericht gestellt werden. Einige der früheren Militärführer, darunter Videla und Suárez Mason, bleiben jedoch weiterhin im Gewahrsam der Justiz, weil sie der Beraubung ihrer Opfer oder der Wegnahme von deren Kindern verdächtigt sind.

Die wieder eröffneten potenziell langwierigen Prozesse gegen mittlere Dienstränge waren 1986 und 1987 eingestellt worden, nachdem mit dem Schlusspunktgesetz und dem Gesetz über den Befehlsnotstand der juristischen Aufarbeitung der Diktatur-Verbrechen ein Riegel

vorgeschoben worden war. Im August erklärte das Parlament diese Gesetze dann auf Betreiben von Präsident Néstor Kirchner für null und nichtig.

Die Anwälte der betroffenen Militärs halten die Aufhebung der Amnestie jedoch für verfassungswidrig und werden voraussichtlich das Oberste Gericht anrufen. Wie die Oberste Instanz entscheiden könnte, ist wegen der laufenden personellen Erneuerung der Obersten Instanz derzeit nicht absehbar.

Die offizielle Kommission zur Sammlung von Daten über die Menschenrechtsverbrechen während der Diktatur, CONADEP, hat nach eigenen Angaben 2395 damalige Mitglieder der Streitkräfte identifiziert, die heute wieder wegen ihrer Teilnahme an der illegalen Verfolgung und Ermordung von Regimegegnern vor Gericht gestellt werden könnten.

Bizarre Parteienamen

Zu den Wahlen für den Regierungschef der Stadt Buenos Aires sowie seinen Stellvertreter, ferner für alle 60 Stadtparlamentarier und 12 Nationaldeputierten vom 24. August meldeten sich sage und schreibe 40 Parteien mit Kandidaten. Die meisten stellten Kandidaten für alle ausgeschriebenen Wahlämter an, einige beschränkten sich auf Stadtparlamentarier und Nationaldeputierten, zwei sogar nur für letztere Wahlkategorie. Mehrere Parteien setzten sich für die gleichen Regierungschefs ein, nämlich Anibal Ibarra und Mauricio Macri, wogegen sie eigene Kandidaten für die anderen Wahlämter präsentierten. Insgesamt waren 29 Kandidaten für die Ämter des Regierungschefs und des Stellvertreters eingeschrieben worden.

Insgesamt buhlten 3.346 Kandidaten für 74 Wahlämter. Man darf sich leicht vorstellen, welche Konfusion die Wähler/innen im Wahlzimmer befiel, als sie unter dermassen vielen Wahlzetteln ihre Entscheidungen treffen sollten. Ausserdem war es zulässig, dass die dreigeteilten Wahlzettel für Regierungschef, Stadtparlamentarier und Nationaldeputierte getrennt und vermischt mit den Kandidaten anderer Parteien in den Umschlag den Weg zur Urne fanden. Das erklärt die langsame Zählung am Wahltisch nach beendetem Wahlgang ab 18 Uhr.

Diese Parteienlandschaft brachte die tiefe Krise der traditionellen argentinischen Parteien an die Oberfläche. Die Justizialisten glänzten ebenso wie die Mitglieder der gescheiterten Parteienallianz, genannt Frepaso, durch Abwesenheit. Beide hatten früher die Stadtwahlen als erste Minderheit gewonnen. Die radikale UCR, für welche die Stadt Buenos Aires stets eine wahlpolitische Hochburg war, machte zwar als einzige traditionelle Partei mit, schnitt aber unter zwei Prozent denkbar dürftig ab. Von anderen traditionellen Parteien, die sich bei früheren Wahlgängen bemerkbar gemacht hatten, erschienen die Christdemokratische Partei („Partido Demócrata Cristiano“) und die Entwicklungspartei des ehemaligen Präsidenten Arturo Frondizi („Movimiento de Integración y Desarrollo“), die Humanistische Partei („Partido Humanista“) und wenige denkbar unbedeutende parteipolitische Wiederkäufer ohne Stimmen.

Ganze 22 Parteien führen dieses Wort (Spanisch „Partido“) in ihrem Stempel und hängen anschliessend ebenso bizarre Bezeichnungen wie die sieben Bewegungen (Spanisch „Movimientos“), fünf Allianzen und drei Parteistempel mit eigenartigen Namen daran. Mehrere Parteien neigen zum Sozialismus, auch in ihren Bezeichnungen, andere geben an, die Rentner („jubilados“) zu vertreten. Namen wie „Integración“, „Generationswechsel“, „Jugend“, „Zentrum“, „Verpflichtung für den

Wechsel“, „Arbeiter“, „Arbeitslose“, „Würde“, „Unabhängigkeit“, „soziale Hoffnung“, „soziale Konvergenz“, „Wiederaufbau“ und „Chancenrepublik“ finden sich im Sammelsurium der Wahlzettel.

Selbst die beiden Hauptkandidaten, Regierungschef Anibal Ibarra und Mauricio Macri, die für die Stichwahl am 14. September qualifizierten, werden nicht von normalen Parteien empfohlen, sondern von eigenartigen Gebilden wie städtische Kraft („Fuerza Porteña“) zugunsten von Ibarra und Front der Verpflichtung für den Wechsel („Frente Compromiso para el Cambio“) von Macri. Auch die neue Partei, die auf Ricardo López Murphy hört und die bei den Präsidentenwahlen vom 27. April erste Minderheit mit 25 Prozent in der Stadt Buenos Aires war, trat mit einem umständlichen Parteistempel an: Union für die Neubildung von Buenos Aires („Unión para Recrear Buenos Aires“). Luis Zamora, Extrotzist, meldete sich mit einer Partei, genannt Selbstbestimmung und Freiheit („Autodeterminación y Libertad“). Die extreme Linke, die die traditionelle kommunistische Partei leitet, wiederholte ihren bereits bekannten Namen Vereinigte Linke („Izquierda Unida“).

Von all diesen bizarren Parteienbezeichnungen dürfte auf Dauer herzlich wenig verbleiben. Wahldemokratien funktionieren normalerweise mit einfachen Parteienamen, die die Wähler in ihrer Erinnerung behalten und die für bestimmte politische Werte einstehen. Mit ganzen Sätzen und irreführenden Worten lassen sich keine dauerhaften Parteistrukturen aufbauen, wohl aber Staatssubventionen je nach den ergatterten Stimmen, ohne einen Sockel, unter dem kein Geld blüht. Das dürfte somit der Anreiz für so viele unbedeutende Parteistempel mit bizarren Bezeichnungen gewesen sein. Parteigeld stinkt offenbar nicht.



SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

WOCHENÜBERSICHT

UCR-Sieg in Río Negro

Der neue Gouverneur der Provinz Río Negro heisst Miguel Sáiz. Der UCR-Politiker errang bei der Wahl am vergangenen Sonntag rund 5700 Stimmen mehr als sein PJ-Konkurrent Carlos Soria. Auf Sáiz entfielen nach amtlichem Endergebnis 32.62 Prozent der Stimmen, Soria kam auf 30,22. Sáiz löst damit seinen Parteikollegen Pablo Verani ab. Auch bei den Legislativwahlen setzte sich die UCR durch. Die Radikalen regieren Río Negro seit der Rückkehr der Demokratie 1983.

Keine Verjährung

Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt vom vergangenen Mittwoch ist das Gesetz über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kraft getreten. Eine entsprechende Konvention der Vereinten Nationen (UN) aus dem Jahre 1968 hatte Argentinien 1970 zwar unterzeichnet, sie hatte am Río de la Plata jedoch nie Gesetzeskraft erhalten.

Romero darf

In der Provinz Salta hat die verfassung gebende Versammlung dem aktuellen Gouverneur Juan

Carlos Romero den Weg zu einer dritten Amtszeit geebnet. Die in der Mehrzahl Romero treuen Wahlmänner, die vor zwei Wochen von der Bevölkerung gewählt wurden, stimmten am vergangenen Samstag für eine Änderung der Provinzverfassung. Damit sind einem Gouverneur fortan drei Amtszeiten möglich. Bislang sah die Verfassung nur eine Wiederwahl vor. Die Gouverneurswahl in Salta findet am 19. November statt.

Duhalde pro Kirchner

Der ehemalige Interimspräsident Eduardo Duhalde steht nach eigener Aussage weiter fest hinter Staatschef Néstor Kirchner. „Totale Unterstützung“ werde er Kirchner zukommen lassen, sagte Duhalde auf einer Tagung des bonaerenser PJ. Duhalde gilt als starker Mann der Peronisten in der Provinz Buenos Aires. Das Treffen diente zur Festlegung zur Zustimmung auf die Gouverneurswahlen in Buenos Aires am kommenden Sonntag.

Gute Werte für Solá

Der um eine Wiederwahl kämpfende Gouverneur von Buenos Aires, Felipe Solá, kommt bei Mei-

nungsumfragen auf immer bessere Zustimmungswerte. Nach Medienberichten kann der Gouverneurs am kommenden Sonntag mit bis zu 40 Prozent der Stimmen und damit einem Wahlsieg in der ersten Runde rechnen. Die Bewerber Luis Patti (Paufe) und Aldo Rico (FPB) liegen mit je rund 13 Prozent bislang abgeschlagen auf den Plätzen zwei und drei.

Bussi zurück

Der aus der Haft entlassene General a.D. Antonio Domingo Bussi ist am Donnerstag bei seiner Rückkehr nach Tucumán von Anhängern begeistert empfangen worden. Bussi war am Dienstag wie fast alle der 39 des Mordes und der Folter verdächtigen Militärs frei gelassen worden, nachdem Spanien auf eine Auslieferung verzichtet hatte. Der spanische Richter Baltasar Garzón hatte vor einem Monat internationale Haftbefehle gegen die Militärs erlassen. Er warf ihnen die Planung und Beteiligung an Entführungen, Folter und Mord vor.

Montonero-Beschwerde

Die vor einem Monat festgesetzten ehemaligen Montonero-Anführer Roberto Perdía und Fernando Vaca Narvaja haben am Donnerstag bestritten, für das „Verschwinden“ von 15 Guerrillero-Kollegen im Jahre 1980 verantwortlich zu sein. Ein entsprechendes Schreiben reichten die Anwälte

Perdías und Vaca Narvajas über ihre Anwälte bei Bundesrichter Claudio Bonadío ein. Für das „Verschwinden“ der Rebellen sei „ausschliesslich“ die Militärjunta verantwortlich, heisst es nach Medienberichten in dem Schreiben. Perdía und Vaca Narvaja werden beschuldigt, 1980 die Entführung der seither vermissten 15 Montonero-Kollegen durch das Militär erleichtert zu haben. Mit dem Verrat seien interne Rechnungen unter den Rebellen beglichen worden.

Gesperre Stadt

Wegen des Anstiegs der Kriminalität wird in Villa del Totoral (Córdoba) jetzt der Zutritt zur Innenstadt reglementiert. Mit der Massnahme reagierte die Kleinstadt auf eine Welle von Morden und Überfällen, die die 10.000 Einwohner zuletzt in Angst und Schrecken versetzte. Zugang zur Innenstadt sollen nachts fortan nur noch Anwohner haben, Besucher brauchen eine Sondergenehmigung.

ExpoChacra 2004

Die Landwirtschaftsmesse ExpoChacra 2004 wird vom 3. bis 6. März kommenden Jahres in Buenos Aires und Santa stattfinden. Das erklärten die Veranstalter unter der Woche in Buenos Aires. Die ExpoChacra wendet sich im Gegensatz zur Landwirtschaftsmesse Rural ausschliesslich an Fachpublikum.

Randglossen

Vier Generäle im Ruhestand hatten sich bereit erklärt, einer französischen Journalistin Erklärungen abzugeben, die im Fernsehen Europas und in der Zeitung Página/12 hier verbreitet wurden. Es ging um die Methoden des schmutzigen Bürgerkrieges, die das französische Heer in Algerien angewendet und den argentinischen Militärs beigebracht hatte. Die Generäle Díaz Bessone, ehemaliger Planungsminister, Bignone, letzter Militärpräsident, Harguindeguy, Innenminister, sowie López Aufferanc, der lange vor diesen drei Generalen gedient hatte, beschönigten Verhaftungen ohne richterlichen Befehl, Folterungen zwecks Informationen über Zellenmitglieder der Terroristen und Erschliessungen, die während der Militärregierung angewandt wurden. Mit der Anerkennung dieser Methoden haben sich die Generäle selber ein politisches Grab geschaufelt und müssen jetzt die Degradierung sowie der Entzug ihrer Renten in Kauf nehmen. Militärs im Ruhestand müssen politisch schweigen. Jede Äusserung über den schmutzigen Bürgerkrieg wird ihnen vor Gericht entgegen gehalten.

Als ob die argentinische Diploma-tie über keine Botschafter verfügt, musste die Regierung den politischen Günstling Raúl Abraham Talib zum Botschafter in Kuba ernennen, wofür der Senat zur Ratifizierung bemüht wird. Talib ist Provinzdeputierter in Entre Ríos und sollte demnächst vom justizialistischen Exgouverneur Jorge Busti als Vizegouverneurskandidat gewählt werden. Im Techtelmechtel mit Präsident Kirchner wechselte Busti seinen Formelpartner Talib durch Pedro Guastavino aus, der vor dreissig Jahren Universitätskamerad Kirchners in La Plata gewesen ist. Havanna ist somit der Trostpreis für Talib, der keine Ahnung hat, wie man sich diplomatisch verhält, zumal in Kuba, wo seit Castros unflätigen Beleidigungen gegen den damaligen Präsidenten de la Rúa seit Juli 2000 kein Botschafter im Amt ist. Mit solcher Postenreiterei darf es nicht Wunder nehmen, dass im Volksmund der Spruch aufkam, alle sollen gehen, allerdings nicht nach Kuba als Botschafter.

AUSFLÜGE UND REISEN

Tucumán preiswert mit dem Zug

Eine Reise mit dem Zug hat immer noch viele Liebhaber. Zwar verkehren in Argentinien derzeit wenige Fernzüge, aber die verbliebenen Verbindungen sind attraktiv genug: ausser nach Mar del Plata gibt es in Río Negro den



Casa del Obispo Colombres in Tucumán.

Transpatagonien-Express vom Atlantik zu den Anden (Viedma - Bariloche) und im Norden den Nachtzug Retiro - San Miguel de Tucumán von NOA Ferrocarriles.

Dieser Dienst kann als normale und preiswerte Passagierbeförderung in Anspruch genommen werden, oder aber in Kombination mit Ausflugsprogrammen. Das Programm „Lo mejor de Tucumán“ beispielsweise, mit zwei Nächten in der Provinzhauptstadt und zwei Übernachtungen in Tafí del Valle, kostet je nach Hotel-Kategorie zwischen 390 und

450 Pesos (Abfahrt Buenos Aires freitags 18.30, Rückkehr mittwochs 10 Uhr) alles inklusive. „Nor-oeste Distinto“ umfasst vier Nächte in Tucumán und weitere vier in Salta mit zahllosen Ausflügen, kostet ab 845 Pesos und schliesst Stadtrundfahrten sowie die Reise über Tafí und Cafayate nach Salta ein. Die Strecke Tucumán - Salta wird mit dem Omnibus zurückgelegt. Es werden noch weitere Pakete angeboten. Telefonische Auskunft über 4312-9506 oder im Internet www.topdest.com.ar anklicken.

Synagoge in Tierra Santa

Der grosse Themenpark Tierra Santa an der Avenida Costanera hat mit der Nachbildung einer Synagoge eine weitere Attraktion für das Publikum in Betrieb genommen. Tierra Santa ist freitags, an den Wochenenden und feiertags geöffnet.

Citytour per Hubschrauber

Nicht gerade billig, aber immerhin ungewöhnlich: Buenos Aires einmal von oben sehen. Die Avenida Costanera und der Fluss, das River Plate- und das Boca Juniors-Stadium, der Obelisk, die Recoleta und was es sonst noch an Sehenswertem gibt, kann man vom Helikopter aus erleben, fotografieren oder filmen. Info: Florida 971, 1. Stock oder tours@tangol.com bzw. www.tangol.com

Marlú

Sportpolitik

Perfumo in die Politik

Ex-Nationalspieler Roberto Perfumo ist neuer Staatssekretär für Sport. „Ich hoffe, dem Land helfen zu können“, sagte der WM-Teilnehmer von 1966 bei seiner Vereidigung am Dienstag. „Der Marschall“ spielte einst bei River und Racing, dem Lieblingsclub von Staatspräsident Néstor Kirchner. Perfumo moderiert seit Jahren eine Fußballsendung im Fernsehen und gilt als nüchterner Analytiker des Sportgeschehens.

Basketball

Olympia-Qualifikation

Durch einen zweiten Platz beim Olympia-Qualifikationsturnier in Puerto Rico hat sich die argentinische Nationalmannschaft der Herren einen Startplatz für die Sommerspiele im nächsten Jahr in Athen gesichert. Das Team um NBA-Spieler Manuel Ginobili musste sich am Sonntag erst im Finale den USA mit 73:106 geschlagen geben.

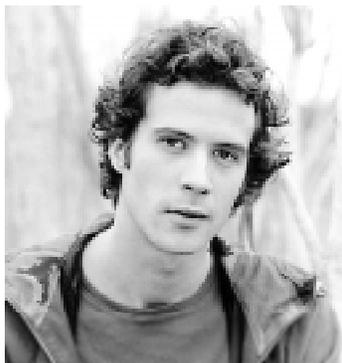
(dpa/AT)

Jung und vielversprechend

Nachwuchshoffnung Barnaby Metschurat präsentiert Einwandererfilm „Solino“

Buenos Aires (AT/JW) - Kaum sechs Stunden ist er in Buenos Aires. Erstmals überhaupt in Argentinien. Auch in Südamerika war Barnaby Metschurat nie zuvor gewesen. Wie auch, hatte es den deutschen Jung-schauspieler bislang doch „noch nie südlich des Äquators“ verschlagen. Ganz augenscheinlich fühlt sich der 28-Jährige aber wohl in der südlichen Hemisphäre. „Si quiere podemos hablar en español.“ Im flippigen Outfit, die Gouloises griffbereit, bittet der Berliner am Dienstag im Foyer des Hotels Lois Suites in Recoleta aufgeräumt zum Gespräch. Auch die Punker-Frisur hat den 15-Stunden-Tripp von der Spree an den Río de la Plata gut überstanden.

Nach Buenos Aires eingeladen wurde Metschurat von der Export Union des Deutschen Films. Als Stargast neben dem Regisseur Winfried Bonengel („Führer Ex“). Beide eröffneten am Donnerstag



im Kinozentrum Village Recoleta das III. Festival des Deutschen Films. Gezeigt wurde „Solino“. Der Streifen über das Schicksal einer italienischen Einwandererfamilie in Deutschland war mit rund 500.000 Zuschauern einer der erfolgreichsten deutschen Filme des vergangenen Jahres. Für seine Interpretation des jungen Gigi erhielt Metschurat den Bayrischen Filmpreis 2003.

Zu Kopf gestiegen ist ihm der

noch frische Ruhm offenbar nicht. „Darauf geb' ich nicht so viel.“ Wichtiger sei die Arbeit, die Metschurat schon 1999 TV-Auftritte einbrachte. In diesem Jahr war er in deutschen Kinos in dem Publikumserfolg „Anatomie 2“ zu sehen. Einen schönen Nebeneffekt hat der frische Ruhm dann aber doch. Dank der jüngsten Erfolge sei er „finanziell so abgesichert“, dass er in Ruhe auf Angebote warten könne. Momentan am liebsten in Buenos Aires. Den von den Organisatoren geplanten Rückflug will er „nach Möglichkeit umbuchen“. Denn erst in zehn Tagen müsse er wieder in Berlin sein: Hörspielaufnahmen. Da kommt ihm seine klare, angenehme Stimme und fast schon geschliffene Diktion zugute. Wie auch auf der Bühne. Mit Peter Zadeks „Hamlet“ etwa tourte Metschurat kreuz und quer durch Europa, spielte in Zürich, Wien, Paris und Edinburgh.

Nun also Buenos Aires. Eine Stadt voll von Aus- und Einwandererschicksalen - wie das Duisburg der 60er Jahre, in dem „Solino“ spielt. Metschurat hegt daher die Hoffnung, dass der stimmige, warmherzige Film des Erfolgsregisseurs Fatih Akin vom argentinischen Publikum „gutstanden“ werden könnte. „Solino“, schränkt sein Hauptdarsteller ein, spreche jedoch nicht für „die Einwanderer“ generell. Vielmehr beschreibe der Streifen „ein einzelnes Emigranten-Schicksal“, sei mithin also ein „Familienfilm“ - für Metschurat jedoch die bis dato größte Produktion seiner Karriere.

„Mein teuerster Film, bekannte Kollegen, großer Druck.“ Vor Beginn der Dreharbeiten habe er sich gefragt, „ob ich das überhaupt schaffe“. Hat er, siehe (auch) Filmpreis. Sein Dank, sagt Metschurat, gehe vor allem an Regisseur Akin: „Der hat mir ganz, ganz doll geholfen.“

„Ich habe kein Patentrezept, wie einer Neonazi wird“

Regisseur Winfried Bonengel reiste mit seinem Film „Führer Ex“ nach Buenos Aires

Buenos Aires (AT/SF) - Gewalt und Zärtlichkeit halten sich in dem Film „Führer Ex“ die Waage, der auf mutige und realistische Weise von zwei DDR-Jugendlichen erzählt, die kurz vor dem Mauerfall wegen versuchter Republikflucht ins Gefängnis gesteckt werden und dort auf unterschiedliche Weise mit der Neonaziszene in Berührung kommen.

Winfried Bonengel, der Regisseur von „Führer Ex“, der zum „III. Festival des Deutschen Films“



nach Buenos Aires gereist ist, kann die zwiespältige Wirkung seines Films gut erklären: „Führer Ex“ ist natürlich auch ein politischer Film“, sagt er, „aber das eigentliche

Thema ist die Freundschaft. Mich haben die Menschen neugierig gemacht, nicht, dass sie Neonazis waren.“

Bonengel hatte 1993 mit dem Dokumentarfilm „Beruf Neonazi“ auf sich aufmerksam gemacht. Damals wurde ihm vorgeworfen, einem Extremisten zuviel Raum gegeben zu haben, sein Gedankengetöse auszubreiten. Heute sei „Beruf Neonazi“ ein Kultfilm, erzählt Bonengel, und verzieht das Gesicht: „Das ist natürlich auch

schwachsinnig.“

Filmer Bonengel lebt seit 20 Jahren in Frankreich, die Hälfte seines Lebens. Deshalb kann er auch die Dinge in Deutschland anders betrachten und „von außen“ an die Thematik herangehen. „Wenn man im Ausland lebt, taucht irgendwann die Frage der Identität auf. Man denkt über seine Wurzeln nach.“

Es sei gar nicht einfach gewesen, „Führer Ex“ zu verfilmen, alle seien dem Thema ausgewichen.

„Ein wunderbarer Stoff, aber nicht kommerziell“, habe er immer wieder gehört. Als Produzent fand sich schließlich ein Holländer. „Deshalb hat es auch so lange gedauert, bis der Film überhaupt zustande gekommen ist.“ Das Buch „Die Abrechnung“, das Bonengel zusammen mit dem Neonazi-Ausstieg Ingo Hasselbach geschrieben hat, erschien vor 10 Jahren. Auf dem Leben Hasselbachs basiert auch der Film. „Aber ich habe die Personen stark verändert, sie ro-

mantisiert“, sagt Bonengel.

Spannend zu erzählen, die Leute zu berühren, darum sei es ihm hauptsächlich gegangen. „Ich finde vor allem das Alter faszinierend (die beiden Helden des Films, Heiko und Tommy, sind 18, Anm. d. Red.). Mich interessiert der Verlust der Unschuld, die Frage, wohin das Leben verlaufen kann.“

Bonengel sieht seinen Film auch als „historisches Dokument über Außenseiter in der DDR“ und will verständlich machen, wie sie

in die Neonaziszene abrutschen konnten. „Aber das ist natürlich kein Patentrezept, wie einer Neonazi wird“, gibt er zu bedenken. „Sonst könnte man das ja verhindern.“

Nach Ansicht des Regisseurs sind perspektivlose Jugendliche, die keinen Platz in der Gesellschaft finden, „immer anfällig dafür, Identifikation und Anerkennung in einer Randgruppe zu suchen“. Das könnten die Neonazis oder beispielsweise eine Sekte sein.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,95. Die Terminkurse betragen zum 30.9. \$ 2,98, 31.10. \$ 2,98, 28.11. \$ 3,01, 31.12. \$ 3,05, 30.1. \$ 3,06 und 27.2. \$ 3,08.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,7% auf 734,25, der Burcapindex um 3,2% auf 1.764,24 und **der Börsenindex um 2,3% auf 32.007,32.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,1% auf \$ 1,7820.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 1.9.03 US\$ 13,59 Mrd., der Banknotenlauf \$ 25,08 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 13,33 Mrd. bzw. \$ 24,55 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 13,50 Mrd. bzw. \$ 24,24 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 9,11 Mrd. bzw. \$ 14,97 Mrd.

8 Interessentengruppen haben die Lastenhefte für 1. Etappe der Überschwemmungseindämmungen des Saladoflusses in der Provinz Buenos Aires erworben. Unter ihnen befinden sich die argentinischen Chediack, Techint und Ecodym und die niederländische Boskalis. Die Etappe besteht in der Ausbaggerung von 50 km des Flussbettes mit einer Investition von \$ 100 Mio.

Das Transportsekretariat hat Air Europa die Bewilligung erteilt, regelmäßige Passagier-, Post- und Frachtdienste mit Grossraum-Flugmaschinen zwischen Buenos Aires und Madrid durchzuführen. Die Fluggesellschaft, die ihre Geschäftsstelle in Buenos Aires im April eröffnet hat, arbeitet derzeit mit Southern Winds (SW). Sie gehört der Globalia-Gruppe, den Reiseagenturen Travel Plan, Halcón Viajes und Viajes Ecuador und spanischen Informatik- und Kommunikationsfirmen. Sie wurde vor 10 Jahren mit Stammsitz in Palma de Mallorca gegründet und besitzt 29 weniger als 4 Jahre alte Boeing 737-800 und 767-300 Maschinen.

Der CVS-Index (Coeficiente de Variación Salarial) mit dem die Hy-

potheken-, Pfand- und Personalkredite indiziert werden, erfuhr im Juli eine Zunahme von 2,28%. Damit beträgt er seit seinem Inkrafttreten im Oktober 02 4,58%. Da der Juliindex Ende August erschien, werden erst die Anfang Oktober fällig werdenden Raten vom September um diese 2,28% erhöht. Hauptursache sei die 4,16%ige Lohn- und Gehaltserhöhung in der Privatwirtschaft und die 0,55%ige im öffentlichen Bereich. Die Erhöhung ergab sich durch die Eingliederung der monatlich \$ 200 in die Entlohnung. Damit die Auswirkung auf den CVS-Index nicht zu plötzlich sei, wurde verfügt, dass diese Eingliederung zu \$ 25 im Monat zu erfolgen habe. Im März 04 werden die Kredite somit um 14,8% teurer sein.

In den ersten 7 Monaten 03 hat Argentinien 886.796 t Frischobst für US\$ 382,8 Mio. ausgeführt, um 15% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wie das Senasa im Einzelnen anführte, standen an erster Stelle 314.035 t Birnen vor 185.837 t Äpfeln. Hauptabnehmer von Birnen waren Russland, Italien und die USA, von Äpfeln Russland, Belgien und Holland.

Durch einen gemeinsamen Beschluss der Staatssekretariate für Soziale Sicherheit, Arbeit und des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) wurden den Gewerkschaften mehr Vollmachten eingräumt, um Hinterziehungen von Sozialbeiträgen zu kontrollieren. Die im Rahmen des angesagten Kampfes gegen Hinterziehungen verfügten Anordnungen gestatten den Gewerkschaften der Mitarbeiter und der Unternehmen, die Kontrolltätigkeiten in Unternehmen ausüben, jede entdeckte Unregelmäßigkeit bei der Steuerbehörde anzuzeigen, die bei ihrer Kontrolltätigkeit davon Gebrauch zu machen hat. Auch die privaten AFJP Rentenkassen müssen über die ordnungsgemäße Abführung der Beiträge ihrer Mitglieder Bericht erstatten. Sollte in einem Monat kein Rentenbeitrag geleistet worden sein, muss die private Rentenkasse die Ursache feststellen. Besteht das Arbeitsverhältnis weiter, muss sie Anzeige erstatten.

Der Kleinhandel hat im August

im Vorjahresvergleich um 12,1% zugelegt. Wie der Verband mittelständischer Unternehmen (CAME) durch Umfragen bei 466 Betrieben ermittelt hat, verzeichneten beinahe alle Branchen, bis auf Lebensmittel, Schuhwerk und Musikgeschäfte, Zunahmen. Die grössten meldete der Immobilienhandel mit +35% vor Spielwaren mit +32% und Apotheken mit +20%. Es folgten Büromöbel, weisse Wäsche und Parfümerie.

Die Präsidentengruppe, das grösste Immobilien- und Shopping-Holding von Mendoza, investiert rd. US\$ 50 Mio. in das Palmares Valley, ein Vorhaben mit 9 Wohnvierteln

mit je 250 Bauparzellen auf 210 ha im Süden von Mendoza. Auch ein neuer Golfplatz, die Provinz besitzt nur 3, ist vorgesehen.

Die Zahl der in privaten Krankenkassen Versicherten ist seit 01 um 17% zurück gegangen. Wie Acami (Asociación Civil de Actividades Médicas Integradas) und Ademp (Asociación de Entidades de Medicina Privada) bekannt gaben, sind derzeit 2,3 Mio. Menschen in privaten Krankenkassen eingetragen.

Ein Handelsgericht hat die vorbeugende Beschlagnahme der Bankkonten des von Impreglio, Hochtief,

NUEVA LINEA 2000 ACERO MAXIMA SEGURIDAD

KOH-I-NOOR

SECARROPAS
2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD T.B.S.®



CAPACIDADES: 4,2Kg, 5,2Kg y 6,2Kg.
COMO EN SU TRADICIONAL LINEA BLANCA

¡ PODEROSO EL CHIQUITIN !

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

Zinssenkung bei Kreditkarten

Am Dienstag kündigte Wirtschaftsminister R. Lavagna an, dass die wichtigsten Banken sich bereit erklärt hätten, die Zinsen, die sie bei Krediten berechnen, die über Käufe mit Kreditkarten beansprucht werden, von 60% und mehr auf höchstens 35% zu senken. Die Banco Francés hat sofort einen Zinssatz von 33,75% bekanntgeben, die Banco Rio von 34,8% und die Banco Galicia von 35%.

Durch Beschluss 247/03 des Wirtschaftsministeriums, vom 8. April 2003, war ein Diskont von 3 Punkten der MwSt. (mit einer Höchstgrenze von \$ 1.000.-) bei Käufen mit Kreditkarten verfügt worden, jedoch nur bei Karten, die von Banken ausgegeben worden sind, deren Zinsen bei Krediten über Kreditkarten unter dem Durchschnitt liegen. In der Praxis galt der Rabatt jedoch nur bei wenigen Banken, so dass er kaum 10% der mit Kreditkarten getätigten Käufe umfasst. Bei Benzin u.a. Brennstoffen beträgt der Rabatt 1,27%. Der Diskont von 5 Punkten bei Käufen mit Zahlkarten, der seit 21 Monaten gilt, ist hingegen allgemein und bezieht sich nur auf Käufe, deren Zahlung sofort auf dem entsprechenden Konto belastet wird. Jetzt ist bei Kreditkarten die MwSt-Rückgabe nicht mehr an den Durchschnitt, sondern an den Höchstsatz von 35% gebunden.

Die hohen Zinsen, die die Banken bei Finanzierung von Käufen mit Ratenzahlungen über Kreditkarten fordern, waren seinerzeit wegen der hohen Zinsen berechtigt, die für Depositen gezahlt wurden, die im Jahr 2002 bis zu 30% gingen. Jetzt sind die Zinsen stark gesunken, auf unter 6%. Ausserdem führt die Erholung der Wirtschaft dazu, dass die Säumigkeit abnimmt. Dennoch erscheint die Marge der Banken bei diesen Geschäften anormal hoch, wobei die Banken eben mit dem Gewinn bei den Kreditkarten andere Verluste decken.

Die Vergütung von 3 Punkten der MwSt. bei Kreditkarten soll die Staatseinnahmen laut AFIP-Direktor Alberto Abad um monatlich \$ 20 Mio. schmälern, und die von 5 Punkten bei Zahlkarten um \$ 13 Mio. Insgesamt macht dies rund \$ 400 Mio. jährlich aus. Wenn diese Massnahmen jedoch schwarze Geschäfte verhindern, da Käufe mit Karten registriert werden, würden die Kosten für den Fiskus geringer sein oder sogar ausgeglichen werden.

Gleichzeitig mit dieser Massnahme wurde die Einbehaltung der MwSt., bei Lieferanten an Einzelhändler, von 6% auf 3% verringert. Auch dass soll die legalen Geschäfte fördern.

Roggio und Sideco gebildeten Konsortiums Puentes del Litoral verfügt, dem der Bau und Betrieb der Strecke Rosario-Victoria zugeschlagen wurde. Die Beschlagnahme wurde auf Antrag eines Zulieferers, der niederländischen Boskalis Ballast, verfügt, die eine seit Anfang 02 in Verzug befindliche Zahlung von US\$ 35 Mio. fordert. Das Gericht gab auch einer Forderung von Boskalis statt, derzufolge dem Staat untersagt wird, dem Konsortium eine Subvention weiter zu bezahlen.

Im kommenden Januar wird das Naindo Fünfsternehotel in La Rioja in Betrieb genommen. Der mit Steuerbegünstigungen errichtete Hotelbau lag lange still. Er bedeckt 8.000 qm, hat 92 Doppelzimmer und 8 Suites.

Der Stromverbrauch der Industrie nahm nach Angaben der Stiftung für die Elektrizitätsentwicklung FUNDELEC im Juli gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 9% zu, und lag somit in 7 Monaten 03 um 12% über dem Vorjahr. Jetzt ist der Nachfragestand von Mitte 01 wieder erreicht worden. Dabei ergibt der Vergleich der 7 Monate 03 gegenüber 7 Monaten 02, dass die Nachfrage in der Cuyo-Gegend (Provinzen Mendoza und San Juan) um 26,1% gestiegen ist, im Nordwesten (Tucumán, Salta und Jujuy) um 20,5%, im Nordosten (Corrientes, Misiones, Chaco und Formosa) um 18,1%, in Santa

Fé und Entre Ríos um 12,9%, im Inneren der Provinz Buenos Aires um 12,7%, in Córdoba und San Luis um 8,8%, in der Comahue-Gegend (Neuquén und Rio Negro) um 8,2% und in der Bundeshauptstadt und Umgebung um 8,2%. Bisher konnte diese erhöhte Nachfrage ohne Schwierigkeiten gedeckt werden. Experten weisen jedoch darauf hin, dass die Fortführung dieser Tendenz in einigen Gegenden bald zu Knappheitserscheinungen führen werde.

Das staatliche Stromgrosshandelsunternehmen Cammesa schloss August mit einem Defizit von \$ 200 Mio. ab. Dadurch ist es unfähig, den Stromerzeugern den Ausgleich für die durch den Zwang, im Winter teures Heizöl statt Erdgas zu verfeuern, entstehenden Mehrkosten zu bezahlen. Das in ungenügender Menge vorhandene Gas muss für Beheizungszwecke verfügbar bleiben. Im Juni hatte das Defizit der Cammesa \$ 54 Mio. und im Juli \$ 125 Mio. betragen. Die Insolvenz der Cammesa ist darauf zurückzuführen, dass die erforderlichen Saisonanpassungen der Tarife nicht durchgeführt wurden.

Das Steueramt wird zu Unrecht bezahlte Steuern rückerstatten. Es sind Steuern, die für Gewinne bezahlt wurden, die physische Personen beim Verkauf von Aktien, die nicht an der Börse notieren, erzielt haben. Eine widerspruchsvolle Gesetzgebung hatte zu

Die öffentlichen Dienste im Juli

Das Statistikamt Indec hat ermittelt, dass die Beanspruchung der öffentlichen Dienstleistungen im Juli um 2,5% über jener des Vormonates und um 7,8% über jener des gleichen Vorjahresmonates gelegen ist. Damit hat die Versorgung mit Dienstleistungen den Stand von Juni 01 erreicht, nachdem sie in den ersten 7 Monaten 03 im Vorjahresvergleich insgesamt 5,2% zugelegt hat.

Die saisonbereinigte Zunahme von 7,8% gegenüber dem Vorjahr wurde vom Statistikamt aufgrund der Zunahme bei den Mauten von 15,3% errechnet, beim Passagierverkehr um 12,3%, Frachtverkehr 9,1%, Strom, Erdgas und Trinkwasser um 8,1% und Fernsprechkosten um 7,6%. Die grössten Zunahmen ergaben sich bei den Fahrgästen der Pendlerbahnen, 18,3%, der Eisenbahnfrachten, 17,5% und der Mobiltelefongespräche um 16,6%.

Die 5,2%ige Zunahme in den ersten 7 Monaten wird hauptsächlich auf 22% Zunahme der Eisenbahnfahrgäste, 15,2% der Busfahrgäste, und den um 9,9% grösseren Kfz-Verkehr auf Nationalstrassen zurückgeführt. Rückgänge verzeichneten die Gesprächsminuten des internationalen Telefonsdienstes mit -8% und die Fluggäste bei Binnenflügen -4,8%.

Die 2,5%ige Zunahme gegenüber dem Vormonat errechnete das Statistikamt aus saisonbereinigten Zunahmen von 3,5% bei Strom, Erdgas und Trinkwasser, Ferngesprächen um 2,1% und Frachtverkehr um 1,4%. Im Einzelnen ergeben sich die Julizunahmen gegenüber dem Vormonat aus um 10,3% grösseren Stromlieferungen, eine um 2% grössere Erdgasförderung und den um 0,5% geringeren Trinkwasserverbrauch im Einflussgebiet von Aguas Argentinas.

übermässigen Zahlungen verpflichtet. Damit beugt sich das Steueramt dem Gutachten 351/03 vom 3.7.03 der Schatzkanzlei, demzufolge diese Ergebnisse ab dem Geschäftsjahr 02 nicht mit der Gewinnsteuer zu belasten sind. Bis April 01 waren diese Ergebnisse physischer, im Inland ansässiger Personen, nicht von der Gewinnsteuer betroffen. Da das Gesetz Nr. 25.414 der Regierung aussergewöhnliche Vollmachten und damit auch Steuergewalt verlieh, wurden Ausnahmebestimmungen abgeschafft. Die Regierung betrachtete Ergebnisse aus dem Verkauf von Aktien als Gewinn, ohne auf Eigenheiten des Verkäufers Rücksicht zu nehmen.

3 Jahre nach der Gläubigereinberufung von SCP (Sociedad Comercial del Plata, Soldatigruppe) fordert eine Gläubigergruppe die Kapitalisierung ihrer Forderungen durch die Übernahme von Aktien. Es sind ausländische, in einem Komitee zum Schutz der Inhaber von Obligationen zusammen geschlossene Gläubiger, die es müde sind, in 3 Jahren keinen konkreten Zahlungsvorschlag erhalten zu haben. Gemäss der Bilanz zum 30.6.03 schuldet SCP \$ 1,24 Mrd., bei Gesamtkrediten von \$ 822 Mio. Die Inhaber von Obligationen für US\$ 260 Mio. wollen, dass das Kapital der SCP von \$ 260 Mio. auf \$ 26 Mio. verringert wird und die Gesamtpassiven im Verhältnis 10:1 in Geschäftskapital der SCP umgewandelt werden. Sollte SCP keine Lösung annehmen, bliebe nur der Konkurs übrig.

Das Chemiunternehmen Atanor, das seit 1997 von D. Albaugh, USA, kontrolliert wird, der seine Beteiligung von Bunge & Born erworben hatte, hat die Zuckerfabrik Leales, in Tucumán, für \$ 32,4 Mio. erworben. Die Fabrik erzeugt auch Alkohol, den Atanor für die Herstellung von Un-

krautverteilungsmitteln benötigt. Der mit Eigenmitteln durchgeführte Kauf schliesst auch die Zuckerraffinerie, eine Papierfabrik und 2 Ländereien mit 2.200 ha Zuckerrohrpflanzungen ein. Atanor verbraucht jährlich 25 Mio. l Alkohol und hat bereits eine andere Zuckerfabrik, Marapa, ebenfalls in Tucumán, erworben, die 10 Mio. l im Jahr destilliert.

Im Juli wurden Versicherungen für \$ 867,5 Mio. abgeschlossen, um 19,3% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Damit ist nach dem Tiefpunkt, der im April 02 mit \$ 518 Mio. erreicht worden war, eine langsame Erholung zu verzeichnen. Dennoch leiden die Versicherungsgesellschaften noch unter den Auswirkungen der Krise von 2001. Von August 02 bis Juli 03 wurden Policen für \$ 8,79 Mrd. abgeschlossen, um 21,4% weniger als in den vorhergehenden 12 Monaten. Im Juli 03 wurden vom gesamten Versicherungsbetrag 72,4% Vermögensversicherungen für \$ 628 Mio. getätigt, 16,2% Lebensversicherungen für \$ 140,5 Mio. und 11,4% Ruhestandsversicherungen für \$ 99 Mio.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat 45 landwirtschaftliche Unternehmen bei Gericht we-

**KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

**ZU VERMIETEN
ALQUILERES OFRECIDOS**

PSICOLOGOS/Psicólogas alquilo consultorio Belgrano "R" 4782-4178.

Ein Treuhandfonds für Exportfinanzierungen

Pecom Agra, das Pflanzenölunternehmen der Pérez Compancgruppe, das zu 100% Molinos Rio de la Plata, seit dem Verkauf von PeCom Energy an die brasilianische Petrobrás, dem wichtigsten Kernbetrieb der Gruppe, gehört, hat US\$ 4 Mio. für die Vorfinanzierung seiner Ausfuhren erhalten. Kreditgeber ist ein von den Rio, Francés und HSBC Banken verwalteter Treuhandfonds, der mit insgesamt US\$ 20 Mio. Ausfuhren von Exportunternehmen, vorfinanziert.

Die Pflanzenölfabrik von Pecom Agra in Rosario ist die 6. grösste des Landes und verarbeitet 4,5 Mio. kg Ölsaaten pro Tag. Weitere Kreditnehmer des Treuhandfonds sind die Firma Molinos Rio de la Plata, der US\$ 8 Mio. zugeteilt wurden, Vitopei, ein Hersteller von Papierverpackungen für Süssigkeiten mit US\$ 5 Mio. und die der Pierogruppe gehörende Petroquímica Rio Tercero mit US\$ 3 Mio.

Hauptinvestoren des Treuhandfonds sind die privaten AFJP Rentenkassen, die US\$ 11,4 Mio. beitrugen. Die restlichen Anteile wurden bei Versicherungsgesellschaften, Banken, Privaten Investoren und der zur Weltbank gehörenden Internationalen Finanzkörperschaft (IFC) untergebracht. Die Treuhandgesellschaft hat eine Laufzeit von 270 Tagen festgelegt, für die sie 5,5% Jahreszins in Dollar bezahlt. Die Garantien für die Rückzahlung sind Dollarkredite an die Exportunternehmen.

gen Steuerhinterziehungen angezeigt, die sie durch Scheinüberweisungen von Steuergutschriften für \$ 30 Mio. durchgeführt haben. Die Ermittlung wurde durch das Überkreuzen von Datenspeicherungen über Steuergutschriften von Unternehmen durchgeführt.

Nach Angaben der Kreditrisikoagentur Veraz ist die Zahl der Handelsklagen im August im Vorjahresvergleich um 43% zurück gegangen. Im selben Vergleich hat die Zahl der verfügbaren Konkurse um 41% zugenommen und die der Gläubigereinberufungen um 33% abgenommen. Die Ermittlung wurden bei den Gerichten von Buenos Aires Stadt durchgeführt. Im August wurden 480 Konkursanträge gestellt, 51 Gläubigereinberufungen gefordert, 5.199 Vollstreckungsurteile gefällt und 1.135 andere Handelsprozesse eingeleitet. Im bisherigen Jahr nahmen im Vorjahresvergleich die Konkurse um 10% zu, die Gläubigereinberufungen um 29,2% ab und die Vollstreckungen gingen um 26,7% zurück.

Der von der Di Tella Universität auf Grund von Zeitungsannoncen in Buenos Aires ermittelte Index gesuchter Arbeitskräfte nahm im August im Vormonatsvergleich um 8,8% und im Vorjahresvergleich um 122,3% zu. Am meisten werden Techniker gesucht. Die Zunahme betrug hier 22,9%.

Wirtschaftsminister Lavagna kündigte die Schaffung eines Registers für kleine und mittlere Exportunternehmen an, denen Erleichterungen beim Import von Kapitalgütern, und der Verschickung von Mustern gewährt werden, wobei sie ausserdem einer differenzierten Zollkontrolle unterstellt werden. Ausserdem wird diesen Unternehmen erlaubt, Steuerschulden mit Rückvergütungen beim Export zu kompensieren.

Lavagna kündigte die Einführung eines gemeinsamen Verfahrens der Banco Nación und des technologischen Institutes INTI an, um kleine und mittlere Unternehmen (Pymes), die sich in extremer Säumigkeit gegenüber Banken befinden (Kategorien 3, 4 und 5), zu gestatten, ihre Lage zu regeln und wieder kreditfähig zu werden.

Am Dienstag stellte Planungsminister Julio De Vido in der Börse von Buenos Aires den neuen finanziellen Treuhandfonds „für die Entwicklung der nationalen Fernverbindungsindustrie“ vor. Der Fonds, der von der staatlichen Bank für Investitionen und Aussenhandel (BICE) verwaltet wird, soll Kredite zu Zinssätzen unter 10% gewähren. Angeblich haben sich einige Telefonunternehmen schon verpflichtet, Beiträge bereitzustellen, die insgesamt \$ 75 Mio. ausmachen sollen. Indessen soll auch versucht werden, Investoren im Allgemeinen zu bewegen, Geld in diesem Fonds anzulegen. Das Projekt klingt merkwürdig, nachdem die Telefonunternehmen finanzielle Probleme haben, die sich aus der Pesifizierung und Einfrierung der Tarife ergeben, und die Finanzierung ihrer Lieferanten, um die es hier geht, nicht ihre Sache ist.

Die Steuerfahndung ermittelt, ob die Exxel Group nicht Steuerhinterziehungen in der Grössenordnung von US\$ 100 Mio. durchgeführt hat. Die Firma soll in den 90er Jahren mit Krediten internationaler Banken argentinische Unternehmen über Firmen in Steuerparadiesen gekauft und durch falsche Bewertungen als Aktiven dieser Firmen Aktien und hohe Goodwill-Beträge gebucht haben. Die Passiven waren die Verschuldungen. Die Steuerfahndung steht auf dem Standpunkt, dass die hohen Kreditkosten nicht als Betriebskosten steuerabzugsfähig seien, da sie mit der Geschäftsgebarung der betreffenden Unternehmen nichts

5,5 Mio. Menschen im Elend

Viele Einwohner Argentiniens leben in Wohnungen ohne Klosett oder zusammengedrängt, mit mehr als drei Personen in einem Raum und die Kinder besuchen keine Schule. Das ist bei 14,3% aller argentinischen Familien der Fall die, wie das Statistikamt Indec nach Ermittlungen vom Zensus 2001 berichtet, ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Es sind fünfeinhalb Millionen Menschen, die unter der Elendsgrenze leben. 71% aller Einwohner verfügen über kein Telefon, 50,8% haben kein Fließwasser, 17,6% wohnen auf Erdböden und 60,2% sind bei keinem Sozialwerk eingetragen.

Es ist eine andere Art, den Wohlstandsgrad der Bevölkerung zu ermitteln, der sich nicht auf das Einkommen bezieht, sondern auf die Entbehrungen, denen sie ausgesetzt sind, wie:

- Zusammenpferchung, d.h. wenn in einem Raum mehr als drei Menschen hausen müssen.
- Familiendasein in unpassenden Wohnungen wie Mietzimmer oder Notstandsbehausungen.
- Sanitäre Mängel, insbesondere wenn kein Klosett vorhanden ist.
- Mangelnde Schulbildung, wenn in einer Familie mindestens ein Kind zwischen 6 und 12 Jahren keine Schule besucht.
- Armutslage. Bei Heimen mit vier oder mehr Mitgliedern, von denen nur eines beschäftigt ist und das Familienoberhaupt das dritte Grundschuljahr nicht abgeschlossen hat.

Nach den amtlichen Ermittlungen trifft bei 14,3% der zensierten 10,06 Mio. Heime mindestens einer der genannten Mängel zu. Im Nordosten und Nordwesten des Landes ist der Prozentsatz noch grösser.

Der grösste Anteil von Heimen unter der Elendsgrenze wurde mit 28% in der Provinz Formosa festgestellt, vor Chaco mit 27,6% und Salta mit 27,5%. Die niedrigsten Prozentsätze wurden in Buenos Aires Stadt, 7,1%, vor La Pampa, 9,2%, ermittelt.

Ein Einwohner, dessen Grundbedürfnisse nicht befriedigt sind, erhält in Formosa vom Staat eine Unterstützung von \$ 600 im Jahr, in Buenos Aires Stadt mehr als \$ 2.000, wie die Behörde für die öffentliche Politik für Wachstum und Gleichheit berichtet.

Beim vorhergehenden Zensus, 1991, waren 1,41 Mio. Heime, 16,5% der Ermittlungsgrundlage, ohne eine der genannten Überlebensnotwendigkeiten festgestellt worden. Diese Zahlen, wie A. López von der Beraterfirma Equis betont, dürften jedoch nicht als Grundlage für die Berechnung der Armut in Argentinien genommen werden. 1991 lebte 25% der Landesbevölkerung unter der Armutsgrenze, heute seien es 55%.

Die Verringerung der Heime, die unter der Elendsgrenze darben, sei vorwiegend auf Infrastrukturmassnahmen zurückzuführen, wie die im letzten Jahrzehnt durchgeführten Erweiterungen der Trink- und Abwassernetze und auf die grössere Anzahl von Kindern, für die Schulen zur Verfügung stehen. Der grössere Schulbesuch der Kinder bedeutet jedoch keineswegs ein gehobeneres Erziehungsniveau, da für viele Kinder die Schule kaum mehr als ein Aufenthaltsort ist.

zu tun gehabt hätten.

Die Regierung hat grünes Licht für den Kauf von fabrikneuen Kfz heimischer Fertigung mit Boden 2012 Bonds in Dollar gegeben. Die Frist dafür läuft am 31.1.04 ab. Es wurden \$ 500 Mio., bei einer Höchstgrenze von \$ 100 im Monat, bereitgestellt, um die Bodenbonds zu \$140 pro US\$ 100 Nennwert zurückzunehmen. Die entsprechende Bestimmung 253/03 (Amtsblatt vom 2.9.03) legt ausserdem fest, dass der verkaufende KonzeSSIONÄR überprüfen muss, ob das Kfz in der entsprechenden Liste angeführt ist, und ob der Preis der Firmenpreis nicht übersteigt, was bei der anschließenden Eintragung vom staatlichen Kfz-Register überprüft werden muss. Auf der Liste befinden sich auch Traktoren, Personentransport-Fahrzeuge für zehn und mehr Personen, Kfz für den Fremdenverkehr und bestimmte Lkw-Chassis mit Motor.

Die Zeichen, dass die brasilianische Belgo Mineira, die der europäischen Arbed-Gruppe gehört, die

Kontrollmehrheit des argentinischen Stahlunternehmens Acindar anstrebt, mehren sich. Belgo Mineira hält derzeit 20,5% der Aktien. Am 29.8. haben die Aktionäre die Ausgabe von Wandelobligationen für US\$ 80 Mio. im Rahmen der Umschuldung von US\$ 340 Mio. angenommen, die Belgo Mineira als Schuldkapitalisierung erwerben wird. Acindar musste im November 01 die Zahlungen einstellen. Die Familie Acevedo hält ebenfalls 20,5% von Acindar und die Weltbanktochter Internationale Finanzkörperschaft (IFC) 7%.

Die der spanischen Santander Central Hispano Bank zu 98,85% gehörende Banco Rio will ihr Kapital mit \$ 450 Mio. aufstocken. Das sind knapp 50% ihres Vermögens, für die öffentlich Aktien ausgegeben werden sollen. Es wäre die grösste Finanzinvestition seit dem Zusammenbruch Ende 01. Nach der Umschuldung von US\$ 1,5 Mrd. auf 4 Jahre will die Rio-bank eine Schuld von US\$ 161 Mio. an ihr Stammhaus kapitalisieren. Die Schulden stammen aus Bankgeschäf-

ten von 1998/1999. Im 2. Quartal 03 hatte die Riobank einen Bilanzverlust von \$ 114,4 Mio., um 64,4% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die kanadische Hydro-Quebec ist der erste ausländische Interessent für die 32,5% die Petrobrás Energía Participaciones (vormals Pérez Companc) von Transener besitzt. Transener betreibt die meisten Hochspannungsleitungen Argentinien.

Die Provinz Buenos Aires gab für August Steuereinnahmen von \$ 449 Mio bekannt. Das seien um 24% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Die Nahrungsmittelausfuhren der Landwirtschaft betragen in den ersten 7 Monaten 03 US\$ 10,05 Mrd., um 26% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das Landwirtschaftssekretariat rechnet für ganz 03 mit einem Rekord von US\$ 15,3 Mrd. In den ersten 7 Monaten 03 wurde bereits für 80% der Gesamtausfuhren 02 verschifft. Alleine im Juli für US\$ 1,7 Mrd. um 11% mehr als im Vorjahresjuli. Die Gesamtausfuhren der ersten 7 Monate betragen US\$ 17,29 Mrd., um 17% mehr als vor einem Jahr. Die Gesamtausfuhren haben im Juli 03 US\$ 2,78 Mrd. betragen. In den ersten 7 Monaten waren 58% aller Ausfuhren Nahrungsmittel, im Juli 61%.

Nach Angaben des Kfz-Herstellerverbandes Adefa lag die Kfz-Fertigung im August mit 15.355 Einheiten um 26,5% über der des Vormonates und war praktisch gleich jener des Vorjahresaugust. Die Lieferungen an Konzessionäre nahmen in den ersten 8 Monaten im Vorjahresvergleich um 47,9% zu, im Vergleich der letzten 12 Monate um 190,5%. Die Ausfuhren gingen um 8,6% zurück, im Vergleich zum Vorjahresaugust um 22,1%. Von den 14.883 im August an Konzessionäre gelieferten Kfz waren nur 5.675 heimischer Fertigung, was auf die Erfolge von Billigmodellen aus Brasilien zurückgeführt wird. Die Fertigung lag im August um 0,8% über jener des gleichen Vorjahresmonates, in den ersten 8 Monaten um 3,6% über dem gleichen Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhren, 9.024 Kfz, lagen im August um 4,5% über dem Vormonat.

Das Abgeordnetenhaus hat die Änderung des Gesetzes Nr. 11.683 angenommen, die Hypothekengläubiger, die unversteuerte Mittel angelegt haben, bestraft. Physische und juristische Personen, müssen, dem Wortlaut zufolge, um eine Hypothekenschuld vollstrecken zu können, eine Bestätigung vom Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) vorlegen, dass die gebührende Steuererklärung für das Geschäft abgegeben worden ist, auch dann, wenn die Vollstreckung bereits beantragt wurde. Sollte die Bestätigung nicht erbracht werden, wird angenommen, dass es sich um Schwarzgelder handelt. Im Fall eines positiven Gerichtsurteils, müssen Einbehaltungen von der gezahlten Schuld getätigt

werden. Das Gesetz soll vorwiegend bei Immobilienunternehmen, Notaren und unrechtmässigen Finanzanstalten angewendet werden, wie bei der AFIP verlaute, der das Recht eingeräumt wird, Ergebnisse von Zwangsversteigerungen zu pfänden.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat Sondervorschriften für die Einbehaltungen erlassen, die Arbeitgeber von Unternehmen, die Fabriken, Büros, Sanatorien, Etagen-Wohnhäuser, usw. reinigen, durchführen haben. Die Branche sei besonders schwer zu kontrollieren weil nicht fest besoldetes Personal eingesetzt wird. Nun müssen die Unternehmen, bei denen die Reinigungsarbeiten durchgeführt werden, die Beiträge einbehalten und dem Reinigungsunternehmen eine Bestätigung darüber ausstellen, die der Steuererklärung des Reinigungsunternehmens beigelegt werden muss, widrigenfalls dieses zu zahlen hat.

Brasilien hat gegen die Subvention protestiert, die der Kauf fabrikneuer Kfz heimischer Fertigung mit Boden 2012 Bonds bedeutet. Brasiliens Industrieministerium bezeichnete die Massnahme, die brasilianische Fahrzeuge ausschliesst, als Überraschung. Als Brasilien vor 2 Monaten zur Förderung des Kfz-Absatzes die IPI-Steuer auf Industrieprodukte um 3 Punkte verringerte, wurde diese Massnahme auf in Argentinien erzeugte Kfz ausgedehnt.

Durch die Einfrierung der Tarife seit der Abschaffung der Konvertibilität im Januar 02 wirkt sich die Stabilität bzw. Verringerung privater und öffentlicher Dienstleistungsgebühren auf die Teuerungszahlen aus. Der Dienstleistungsbereich, einschliesslich persönliche Dienstleistungen, der 47% der Warenkorb ausmacht, ging im August um 0,3% zurück, während Verbrauchsgüter, die die restlichen 53% ausmachen um 0,2% zulegten.

Das Abgeordnetenhaus hat die Gesetzesvorlage gebilligt, die den Banken \$ 2,8 Mrd. als Kompensation für die asymmetrischen Anpassungen durch die CVS- und CER-Indizes gewährt und den CVS-Index ab April 04 abschafft. Die Kompensation ergibt sich aus der Anpassung der Bankeinlagen nach dem Teuerungsinde CER und jener der Hypothekendarlehen nach dem CVS Gehaltsänderungsindex. Die Gesetzesvorlage ermächtigt den Staat, dafür Boden Bonds für \$ 2,8 Mrd. aufzulegen. Im April soll die Anpassung der Beträge der Hypotheken-, Pfand- und Personalkredite um die 14% der gewährten Gehaltserhöhungen erfolgen. Anschliessend werden wieder die ursprünglichen, vertraglichen Kreditbedingungen gültig werden.

Die Reserven der ZB haben in diesem Jahr um US\$ 3,11 Mrd. zugenommen. Obwohl die ZB ihre Re-

serven bis August durch Dollarkäufe aufgestockt hat, wird dieser Trend in den nächsten Monaten kaum anhalten. Die Abschaffung von Devisenkontrollen, der zunehmende Einfuhrbedarf, die Verringerung der Zinssätze und politische Ungewissheiten haben das Devisenangebot verringert. Im Juni konnte die ZB im Tagesdurchschnitt noch US\$ 52 Mio. erwerben, im August nur mehr knapp US\$ 5 Mio.

Das Transportsekretariat hat Air Europa die Bewilligung erteilt, regelmässige Passagier-, Post- und Frachtdienste mit Grossraum-Flugmaschinen zwischen Buenos Aires und Madrid durchzuführen. Die Fluggesellschaft, die ihre Geschäftsstelle in Buenos Aires im April eröffnet hat, arbeitet derzeit mit Southern Winds (SW). Sie gehört der Globalia-Gruppe, den Reiseagenturen Travel Plan, Halcón Viajes und Viajes Ecuador und spanischen Informatik- und Kommunikationsfirmen. Sie wurde vor 10 Jahren mit Stammsitz in Palma de Mallorca gegründet und besitzt 29 weniger als 4 Jahre alte Boeing 737-800 und 767-300 Maschinen.

Das Schatzamt weist für August einen Primärüberschuss (ohne Zinsen) von \$ 577,8 Mio. aus, 15,4% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Mit Zinsen und dem Defizit der von den Provinzen übernommenen Pensionskassen von \$ 89,5 Mio. ergibt sich ein finanzielles Defizit von \$ 643,9 Mio. Die laufenden Ausgaben betragen \$ 3,1 Mrd., gegen \$ 2,63 Mrd. im August 02. Die Zunahme von \$ 387,2 Mio. ist vornehmlich auf um \$ 280,8 Mio. höhere Zinszahlungen zurückzuführen, sowie auf die Subventionen für arbeitslose Familienoberhäupter. Die laufenden Einnahmen betragen \$ 2,53 Mrd., gegen \$ 2,31 Mrd. im Vorjahr. Schatzsekretär Carlos Mosse bestätigte, dass der vorgesehene Primärüberschuss von \$ 8 Mrd. im ganzen Jahr 2003 erreicht werde.

Während im Budget 03 Einnahmen von \$ 75 Mrd. vorgesehen waren, rechnet das Schatzamt jetzt mit nur \$ 72 Mrd., was darauf zurückgeführt wird, dass die Inflation viel niedriger als veranschlagt ausgefallen ist und auch der Wechselkurs unter dem vorgesehenen liegt. Die Differenz von \$ 3 Mrd. soll mit Vorschüssen der ZB und Verzögerung der Zahlungen an Lieferanten gedeckt werden, die somit von 03 auf 04 übertragen werden.

Die Regierung der Provinz Mendoza zahlte am Donnerstag die zweite Halbjahresrate der Zinsen des Aconcagua-Bonds für US\$ 12,5 Mio. Dieser Bond wurde 1997 für insgesamt US\$ 250 Mio. ausgegeben und stets pünktlich bedient.

Die argentinische Handelskammer hat eine Studie der Firma IFPC International Group vorgestellt, die ergibt, dass der Verkauf gestohlener, gefälschter und geschmuggelter

Ware, sowie der unlautere Wettbewerb und die Schwarzarbeit jährlich \$ 23,54 Mrd. ausmachen. Von diesem Betrag entfallen \$ 5,05 Mrd. auf gestohlene, \$ 9,54 Mrd. auf gefälschte und \$ 5,75 Mrd. auf geschmuggelte Ware.

Das Landwirtschaftssekretariat hat Zahlungen von \$ 6,58 Mio. an 1.486 Landwirte angekündigt, die Aufforstungen betreiben, deren Programme genehmigt worden sind. Von Mai bis Juli wurden die \$ 7,24 Mio. ausgezahlt, die für die Subventionen von 02 fehlten. Das Aufforstungssystem von 1978, das 1998 erweitert wurde, sieht Subventionen in Form fester Beträge pro ha vor, die je nach der Baumart und der Gegend unterschiedlich sind. Das hat zu einer explosiven Zunahme der Forstwirtschaft geführt.

Ein Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) weist darauf hin, dass die direkten Auslandsinvestitionen in Argentinien 02 knapp US\$ 1 Mrd. ausmachen, was einen Rückgang von 69% gegenüber den US\$ 3,2 Mrd. von 01 bedeutet und nur 10% der durchschnittlichen jährlichen direkten Investitionen von 1992-2001 beträgt. Allgemein nahmen die direkten Investitionen weltweit ab; 02 lagen sie um 20% unter 01 und um 50% gegenüber dem Rekordjahr 2000. Industriesekretär Alberto Dumont erklärte, dieses Jahr hätten die direkten Auslandsinvestitionen wieder zugenommen. Der Gesamtbetrag werde nicht besonders hoch ausfallen, dafür aber sehr produktiv sein.

Wie der stets gut informierte Marcelo Bonelli in der Zeitung „Clarín“ vom Freitag berichtet, hat Präsident Kirchner den Unternehmern der Elektrizitätswirtschaft, mit denen er eine Unterredung hatte, gesagt, dass er kein Chronogramm über Tarifierhöhungen annehmen werde, wie es der IWF fordere. Er fügte wörtlich hinzu: „Wenn ich nicht zu einer Einigung mit dem IWF gelange, dann werdet ihr und alle während der nächsten Jahre mit Brot und Wasser auskommen müssen.“ Er beklagte sich auch über den Druck den die Mutterhäuser der lokalen Stromunternehmen, sowie die europäischen Staaten, über den IWF ausübten.

Das neue US-Gesetz gegen den Bioterrorismus hat für Argentinien schwerwiegende Folgen. Ab Dezember hat die „Food and Drug Administration“ (FDA) Vollmachten, um Importe von Lebensmitteln, die den neuen Normen nicht entsprechen, zu kontrollieren, zu beschlagnahmen und zurückzuweisen. Eine Delegation der FDA, unter Leitung von Melinda Plaiser, hielt sich diese Woche in Buenos Aires auf, um auf folgende grundsätzliche Normen aufmerksam zu machen: a. Alle Lebensmittelexporthändler müssen sich in ein Register der FDA eintra-

gen und einen Agenten in den USA ernennen, der die Verantwortung für die Qualität der Lebensmittel übernimmt; b. Alle Lieferungen von Lebensmitteln nach den USA müssen vorher angekündigt werden; c. Die Unternehmen, die Lebensmittel erzeugen, verarbeiten oder verpacken, müssen die Information über ihre Tätigkeit durch 2 Jahre aufbewahren. Dieses Gesetz betrifft Exporte nach den USA für US\$ 800 Mio. jährlich.

Die Inhaber von Brady-Bonds, die 1993 ausgegeben wurden, mit

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Vor der Vereinbarung mit dem IWF

Während am lokalen Devisenmarkt die obwaltende Unruhe des Finanzplatzes den Dollarkurs erstmals Mitte der Berichtswoche nach fünf Monaten an die Schwelle von \$ 3 je US\$ hochschwemmte, sickerten aus Regierungskreisen übereinstimmende Lesarten durch, nach denen die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds kurz vor dem Abschluss stünden.

Präsident Kirchner hat zwar seine schillernden Angriffe auf den Währungsfonds und das sogenannte konzentrierte Kapital keinesfalls eingestellt, sondern vielmehr nahezu täglich in verschiedenen Szenarien im Wahlfeldzug wiederholt, aber dann deutlich andere Zeichen gesetzt. Als Symbol mögen die Audienzen dienen, die der Präsident neuerdings mehreren Verbänden erteilt hat, zuletzt den Unternehmern der Elektrizität, denen er in seinen Reden unterschwellig unterstellt hatte, dass sie ihn politisch erpressen wollten.

Im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Streits steht bekanntlich das Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds. Das hat Präsident Kirchner dieser Tage ebenfalls zugestanden und versichert, dass er für einen Primärüberschuss im Haushalt sorgen werde, damit die Staatsschulden bedient werden können und ein Abkommen erreicht werden kann.

Inzwischen sickerte auch durch, dass sich Wirtschaftsminister Lavagna im Haushaltsstreit durchsetzt, auf den wir an dieser Stelle in der Vorwoche verwiesen hatten. Von den \$ 9,0 Mrd., die alle Ministerien als Zusatzausgaben für 2004 fordern, wird nur die von Lavagna vorgesehene \$ 1,0 Mrd. über dem diesjährigen Haushalt zugesagt werden. Die Prioritäten werden

schwankenden Zinsen und Verfall im Jahr 2003, haben die Auszahlung der damals gewährten Garantie in Form von US-Schatzamtbonds gefordert, da die Zinsen seit der Default-Erklärung nicht gezahlt wurden. Die Citibank hat als Vertreter der Bondsinhaber die Forderung an die Federal Reserve von New York gestellt. Der Fall ist jedoch nicht so klar, da die Federal Reserve mitgeteilt hat, dass die Garantie nicht mehr verfügbar sei und auf alle Fälle nicht den vollen Betrag decke. Der Fall muss noch geklärt werden.

vom Präsidenten den Ministerien für Planung und Infrastruktur, soziale Aktion sowie Erziehung zugeschanzt werden. Alle anderen Staatsstellen müssen sich mit dem gleichen Etat von 2003 begnügen. Nächste Woche wird diese Entscheidung in den endgültigen Entwurf des Haushaltsgesetzes gekleidet werden, der am 15. September in der Deputiertenkammer eingereicht werden muss, wie es die Verfassung vorschreibt.

Das erwartete Abkommen mit dem Fonds bestätigt den längst in der Öffentlichkeit gehandelten Primärüberschuss von \$ 12,75 Mrd. für 2004, der 3% auf ein angenommenes BIP von \$ 425 Mrd. entspricht. Sollte das BIP 2004 mehr als die angenommenen 4% wachsen und die Inflation höher als 10% ausfallen, dann dürften die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen im Haushalt sicherlich anderweitig ausgegeben werden, sofern der angenehme Wechselkurs von angeblich \$ 2,90 je US\$ im Jahr 2004 hält, was heute niemand versichern kann. Das ergäbe US\$ 4,4 Mrd. Primärüberschuss, um die Zinsen der Staatsschuld zu bedienen. Die Kapitalfälligkeiten mit dem Fonds sollen umgeschuldet werden, ohne dass Neugeld anfällt. Ebenso wird erwartet, dass die Weltbank und die BID die Kredittilgungen mit neuen Darlehen ausgleichen, immer unter der Voraussetzung einer Abmachung mit dem Fonds, ohne die Argentinien in Default geraten würde und Weltbank sowie BID jegliche Auszahlungen einstellen würden.

Die Fälligkeit von US\$ 2,9 Mrd. am 9. September gegenüber dem Fonds wird entweder in Hinblick auf das bevorstehende Abkommen mit den Währungsreserven bezahlt oder es wird erwartet, bis das Abkommen unter Dach und Fach ist. Das dann eintreten-

de Default mag sich schlecht auf die Stimmung der argentinischen Sparer auswirken, die stets Schlimmstes befürchten. Wird das Abkommen wie erwartet kurz danach unterzeichnet, dann wird die Tilgung umgeschuldet oder mit neuen Ziehungen gegen den Fonds ausgeglichen. Ein Default mit dem Fonds bewirkt umständliche Verwaltungsschritte, die im Verlauf von etwa zwei Jahren bis zum Ausschluss Argentinens führen, wobei die Anfangsquote von 25% des Kapitals als Fondsmitglied kassiert wird. Die Ziehungen überschreiten freilich diese Quote um ein Mehrfaches.

Das neue Abkommen soll, wie verlautete, zwar auf drei Jahre abgeschlossen werden, aber die Fiskalziele und andere werden auf ein Jahr beschränkt. Die Revisionen sollen dann im Quartalsrhythmus erfolgen, wie es bei Standbyabkommen üblich ist. Dreijährige Abkommen, Englisch genannt „extended facilities“, werden im Halbjahresrhythmus überwacht. Für die Stimmung unter Sparern und Investoren ist eine Revision im Quartalsrhythmus sicherlich glaubhafter als alle sechs Monate.

Die Tarife öffentlicher Dienste sollen gelegentlich angehoben werden. Wie diese Verpflichtung im Abkommen formuliert werden wird, dürfte noch Gegenstand ei-

Steuereinnahmen im August verbleiben hoch

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im August mit \$ 6,05 Mrd. um 6,9% unter Juli, aber um 28% über August 2002. Gegenüber dem Rekord vom Mai, als \$ 7,15 Mrd. erreicht wurden, beträgt der Rückgang 15,4%. In den ersten 8 Monaten 2003 beträgt die Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahresperiode 48,2%. Die ersten Monate 2002 waren für die Staatseinnahmen besonders katastrophal, mit etwa \$ 3 Mrd. in jeden der ersten drei Monate, so dass die niedrige Vergleichsbasis die hohe Zunahme erklärt. Im Mai 2002 fand dann ein Sprung auf fast \$ 5 Mrd. statt, und danach blieb es, mit Schwankungen, bei dieser Grössenordnung, wobei sich erst ab Mai 2003 ein höherer Betrag als normale Einnahme ergab.

Die gestiegenen Einnahmen spiegeln vornehmlich die bessere Konjunktur wider, mit einer Zunahme des BIP, das im August mehr als 6% über dem Vorjahr

nes politischen Tauziehens sein, dessen Ende abzuwarten ist.

Unterdessen hat der Kongress einige Gesetzesentwürfe behandelt, die den Unterton zum Fondsabkommen bilden. Die Deputiertenkammer hat das Projekt gebilligt, durch das die Regierung ermächtigt wird, den Banken rund \$ 2,8 Mrd. als Entschädigung für die sogenannte asymmetrische Pesifizierung in Gestalt von Boden-Bonds auszus zahlen. Die Banken erwarteten zwei bis drei Mal so viel, um ihre gewaltigen Kapitalverluste teilweise auszugleichen. Die Wertberichtigung gewisser Hypothekenkredite für Eigentumswohnungen nach dem Lohnindex soll im April 2004 auslaufen und nachher mit maximal 12,5% oder den dann geltenden Durchschnittssatz verzinst werden, den die Zentralbank ermittelt. Der Steuerbehörde AFIP werden neue Vollmachten zur Eintreibung hinterzogener Steuern erteilt.

All das bildet die Voraussetzung, damit am 23. September in Dubai anlässlich der Generalversammlungen der Weltbank und des Währungsfonds den Vertretern der Inhaber von Bonds im Default ein Menü mit neuen Bonds vorgeschlagen werden kann, deren Zinssätze, Karenzperioden, Laufzeiten, Kapitalschnitt, Währungen und Gerichtsstandsitze zu umschreiben sind.

liegt. Aber ausserdem wirkte sich die stark gestiegene Liquidität, mit besonders niedrigen Zinsen für Depositen, aus. Die Zahlung von Steuern war finanziell auf alle Fälle die bessere Option für die Unternehmen.

Die Einnahmen aus der MwSt. lagen mit \$ 1,82 Mrd. um 0,6% unter Juli, aber um 33,4% über August 2002. Dabei lagen die Einnahmen des Steueramtes mit \$ 1,51 Mrd. um 3,4% unter dem Vormonat und um 17% über dem Vorjahr, während die vom Zollamt einbehaltene MwSt. um 9% unter dem Vormonat und um 45,9% über dem Vorjahr lag. Die Erholung der Importe, die in den letzten Monaten stattgefunden hat, wirkt sich hier aus. Die Rückgabe der MwSt. an Exporteure war mit \$ 345,3 Mio. um 1,4% geringer als im Vormonat und um 8,2% niedriger als im Vorjahr. Das hat das Gesamtergebnis, bei dem diese Rückgaben abgezogen werden, aufgebläht. Bei der MwSt. muss man berücksichtigen, dass immer mehr

Personen dazu übergeben, mit Zahlkarten zu zahlen, bei denen 5 Punkte der MwSt. zurückgegeben werden, wobei seit einigen Monaten auch eine Rückgabe von 3 Punkten bei Verwendung von Kreditkarten erfolgt. Ohne dies wäre die Zunahme bei der MwSt. grösser ausgefallen.

Die Gewinnsteuer lag mit \$ 1,31 Mrd. um 10,7% über Juli und um 55,2% über August 2002. Hier wirkt sich immer noch die Besteuerung von Scheingewinnen aus, die sich durch die Megaabwertung von 2002 und deren interne Inflationswirkung ergeben, nachdem sich Lavagna geweigert hat, die steuerliche Korrektur wieder einzuführen, die 1978 geschaffen und 1992 ausser Kraft gesetzt worden war, als die Stabilität dies unnötig machte. Diese Extraeinnahmen dauern noch eine Weile an, obwohl es sich um eine einmalige Wirkung handelt, die die am 30.6.02 und am 31.12.03 abgeschlossenen Bilanzen (die den allergrössten Teil der Unternehmen umfassen) zum Ausdruck bringen. Aber danach werden eben die Vorschüsse auf jene Scheingewinne berechnet, so dass die Wirkung weitergeht. Dauert die Stabilität weiter an, dann wird sich am Schluss 2004 eine Aushöhung der Gewinnsteuereinnahmen ergeben, da die Vorschüsse die definitiv zu zahlende Steuer übersteigen und von dieser abgezogen werden.

Die Einnahmen aus der Exportsteuer lagen mit \$ 590,3 Mio. um 34% unter dem Vormonat und um 13,7% unter dem Vorjahr. Dies deutet auf einen Exportrückgang bei Getreide und Ölsaaten im August hin, sowohl gegenüber Juli 2003, wie gegenüber August 2002. Dieses Jahr wurde die Ernte schneller exportiert als im Vorjahr, als sie wegen Kursspekulationen zum Teil verzögert wurde.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen ergab \$ 470,1 Mio., um 9,3% weniger als im Vormonat und um 9,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Sowohl in der Abnahme gegenüber Juli, wie in der geringen Zunahme gegenüber dem Vorjahr kommt ein starker Übergang auf Bargeldzahlungen zum Ausdruck, der durch diese Steuer bewirkt wird, die gegen die Zunahme der Bankdepósitos wirkt, die für die Normalisierung des Bankensystems unerlässlich ist. Deshalb wird diese Steuer als besonders „verzerrend“ eingestuft und vom IWF nur mit Widerwillen geduldet.

Die persönlichen Beiträge zum

staatlichen Pensionierungssystem lagen mit \$ 383,2 Mio. um 25,7% unter Juli und um 26,5% über dem Vorjahr. Die Unternehmerbeiträge lagen mit \$ 605,1 Mio. um 27,2% unter Juli und um 11,2% über August 2002. Die Einnahmen der privaten Rentenkassen (AFJP) lagen mit \$ 223,8 Mio. um 26,4% unter Juli und um 44,6% über dem Vorjahr. Die Abnahmen gegenüber Juli erklären sich aus der Tatsache, dass im Juli der halbe monatliche Zusatzlohn oder -gehalt gezahlt wird, mit den entsprechenden Sozialabgaben. Die Tatsache, dass die interanuelle Zunahme bei den privaten Kassen viel höher als beim staatlichen System ist, ist hauptsächlich auf die Zunahme der Beiträge von 5% auf 7% zurückzuführen. Dass die Unternehmerbeiträge im interanuellen Vergleich um so viel weniger gestiegen sind als die persönlichen Beiträge ist anormal, da die Berechnungsgrundlage in beiden Fällen die gleiche ist. Dies deutet darauf

Eine unvernünftige Eisenbahnpolitik

Die Regierung schickt sich an, die unter der Menem-Regierung stillgelegten Personenzüge auf mittleren und langen Strecken wieder einzuführen. Auch das dürfte im Grunde nur dadurch motiviert sein, dass es darum geht, dass Gegenteil dessen zu tun, was Menem getan hat. Objektiv handelt es sich um eine Schnapsidee, die einer auch oberflächlichen Analyse nicht standhält.

Diese Personenzüge wurden zum grössten Teil in den 90er Jahren ausser Betrieb genommen, weil sich kein Privatunternehmen dafür interessierte, da der Verlust enorm war, was auch bei bester Verwaltung nicht zu ändern war. Ende der 80er Jahre hatte Manuel Solanet, damals Direktor des nationalen Planungsinstitutes, das die öffentlichen Investitionen (einschliesslich Staatsunternehmen) prüfte und genehmigte, berechnet, dass es billiger war, jedem Käufer einer Fahrkarte eine Flugpassage zu schenken, als die Kosten dieser Eisenbahnbetriebe zu tragen.

Einige Personendienste wurden jedoch beibehalten, so in der Provinz Buenos Aires unter provinzieller Regie. Seinerzeit wurde die Strecke Buenos Aires bis Mar del Plata für einen Schnellzug ausgeschrieben, wobei Techint die Ausschreibung gewann. Doch kurz vor der Zuteilung hatte der damalige Gouverneur Eduardo Duhalde gefordert, dass ihm dieses Objekt übertragen werde. Sein Kon-

zept war, dass die Unternehmen eine höhere Säumigkeit verzeichnen, sich jedoch mehr angestrengt haben, die Beiträge ihres Personals zu zahlen, da bei Einbehaltung der Beiträge und deren Nichtabführung an das Steueramt Haftstrafe droht.

Die grösste Zunahme entfällt auf die Steuer auf persönliche Güter, bei der die Einnahmen mit \$ 219,4 Mio. um 53,5% über dem Vormonat und um 250,9% über August 2002 lagen. Dieser Sprung ist darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaften diese Steuer seit letztem Jahr einbehalten müssen, wobei sie den Betrag dann vom Aktionär oder Gesellschafter zurück fordern können, was jedoch nicht einfach ist, besonders wenn keine Bardividende oder Gewinnausschüttung in bar vorliegt. Abgesehen davon bahnen sich hier viele Prozesse an, da diese Reform gegen Doppelbesteuerungsabkommen verstösst, die sie ausdrücklich ausschliessen.

zept war, dass der Gewinn dieser Strecke den Verlust anderer Personendienste tragen sollte. Dadurch wurde das Geschäft uninteressant. Die Provinz musste weiter für die hohen Verluste dieser Eisenbahnen aufkommen, was mit zur finanziellen Katastrophe geführt hat, mit der die Duhalde-Regierung ihr achtjähriges Mandat in der Provinz beendetete.

Die Eisenbahn ist durch den Strassenverkehr, mit Omnibussen und privaten Automobilen, und auch durch den Flugverkehr verdrängt worden. Die Omnibusse fahren mit einer Geschwindigkeit von etwa 100 Stundenkilometern, wobei die Eisenbahn wegen des schlechten Zustandes der Schienen knapp die Hälfte erreicht. Der mangelhafte Zustand der Schienen ist jedoch für den Frachttransport kein wesentliches Hindernis, da die Geschwindigkeit in diesem Fall keine grosse Rolle spielt. Hauptsache ist, dass die Züge nicht irgendwo stehen bleiben und Ware gestohlen wird, wie es unter staatlicher Regie die Regel war. Gelegentlich gingen Züge einfach verloren und mussten gesucht werden, weil sie irgendwo auf einem Nebengleise abgestellt worden waren.

In Europa und den USA haben die Eisenbahnen beim Personentransport vor Jahrzehnten auch eine Krise durchgemacht. Doch nachher wurden Schnellzüge entwickelt, mit Geschwindigkeiten von über 200 km pro Stunde, die

mit dem Flugzeug gut konkurrieren. Das wurde in Europa wegen der Überlastung des Himmels und der Flugplätze sogar gefördert, ist jedoch nur in dicht besiedelten Gegenden wirtschaftlich möglich, wo eine ausreichende Zahl von Reisenden vorhanden ist, die die hohen fixen Kosten dieses Eisenbahnbetriebes tragen. Argentinien ist weit entfernt von dieser Situation, und könnte bestenfalls auf Schnellzüge, mit geringeren Geschwindigkeiten als in Europa, auf den Strecken Buenos Aires-Rosario und Buenos Aires-Mar del Plata hoffen.

Die Erneuerung der Schienen würde weit über eine Milliarde Dollar kosten und die der Lokomotiven und Waggons wohl noch einmal so viel. Der Staat hat dieses Geld gewiss nicht, und kein Privatunternehmen wird in ein Verlustgeschäft Geld stecken.

Einige kurze Strecken wurden schon probeweise in Betrieb genommen. Das ist besonders absurd, da dabei der Omnibus den Dienst viel besser verrichtet, nicht nur wegen der höheren Geschwindigkeit, sondern auch, weil mit Omnibussen eine höhere Frequenz geboten werden kann. Die Eisenbahn kann auf alle Fälle nur auf langen Strecken einen Sinn haben.

Zunächst wurde die Inbetriebnahme des Personendienstes von Buenos Aires über Entre Ríos und Corrientes bis Posadas, in Misiones, angekündigt, die jedoch zunächst vertagt wurde. Am Sonntag meldete die Zeitung „Clarín“, dass eine Reihe von Strecken der ehemaligen Belgrano-Bahn wieder für Personendienste in Betrieb genommen werden sollen, was angeblich 2004 \$ 405 Mio. kosten soll, die im Haushaltsvoranschlag schon vorgesehen sein sollen. Es handelt sich um folgende Strecken: Rosario bis Pergamino; Santa Fe bis San Cristobal und bis Rafaela; Córdoba bis San Francisco und bis Dean Funes; Frías (Santiago del Estero) bis Tucumán, und Jujuy; Salta bis Embarcación. Alles heller Wahnsinn!

Dabei stellt sich gegenwärtig ein Problem mit den bestehenden Konzessionen, sowohl für die Eisenbahnen, die den Personendienst von der Bundeshauptstadt bis zur Umgebung leisten, wie auch für die Frachtdienste auf den langen Strecken im Landesinneren. Beim Personenverkehr in Gross Buenos Aires sind die Tarife stark zurückgeblieben, so dass sie auf etwa 20% der europäischen liegen, wobei die Betriebskosten nur etwas niedriger sind.

